

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 02.11.2010

100 Jahre Internationaler Frauentag. Frauenrechte voran bringen - Erfolge und Rückschritte der niedersächsischen Frauenpolitik auswerten

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Am 27. August 1910 wurde auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen die Einführung eines Internationalen Frauentags beschlossen. Der Vorschlag hierfür kam von der deutschen Sozialistin Clara Zetkin. Bereits im folgenden Jahr - also 1911 - wurde dieser Tag in mehreren europäischen Ländern und in den USA erstmalig begangen. Zunächst noch am 19. März; in den folgenden Jahren etablierte sich dann der 8. März.

Der 8. März wird heute in sehr vielen Ländern gewürdigt, und er steht dabei weltweit als ein Synonym für den selbstbewussten Kampf von Frauen um ihre Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Es hat in dieser Entwicklung der vergangenen 100 Jahre zweifelsohne viele Fortschritte gegeben, und dennoch waren auch immer wieder Rückschritte zu verzeichnen. Dies gilt leider auch für Deutschland. Aus niedersächsischer Perspektive seien hier nur zwei Punkte aus der jüngeren Geschichte benannt: die Abschaffung des Frauenministeriums im Jahr 1998, welches erst im Jahre 1990 errichtet worden war, und die Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung im Jahr 2005, die eine drastische Reduzierung der Frauenbeauftragten zufolge hatte.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. das Frauenministerium wieder einzurichten und dieses zudem mit einem aufschiebenden Vetorecht bei allen Kabinettsvorlagen auszustatten,
2. eine erneute Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung dahin gehend zu forcieren, dass Kommunen bereits ab einer Größe von 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern verpflichtet sind, eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte von mindestens 20 Wochenarbeitsstunden einzustellen,
3. einen Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft vorzulegen, das Regelungen zur Bekämpfung der Lohndiskriminierung enthält sowie eine Frauenquote für Führungspositionen vorsieht,
4. sich weiterhin für die bevorzugte Einstellung und Ausbildung von Frauen bei gleichwertiger Eignung einzusetzen, hierzu sollte die Entfristung der §§ 5 und 6 durch die Streichung des § 26 Abs. 2 des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes vorgenommen werden, eine Erneuerung des Gesetzes, wie in dem Entwurf der Regierungsfractionen vorgesehen, würde hiermit zugunsten einer notwendigen Frauenförderung hinfällig,
5. die bestehenden niedersächsischen Frauenprojekte materiell nicht nur abzusichern, sondern weiter auszubauen, dabei sollte insbesondere ein Fonds für jene Kleinstprojekte neu aufgelegt werden, die den Sparmaßnahmen der Landesregierung von 2004 zum Opfer gefallen waren,
6. Kultur- und Bildungsprojekte gegen die noch immer vorherrschende patriarchale Mentalität einzurichten. Vom Kindergarten bis zur Hochschule müssen hierzu Anregungen geschaffen werden. So sollte beispielsweise der sogenannte Zukunftstag an den Schulen wieder an die Ursprungsidee des Girls day geknüpft werden, damit Mädchen/junge Frauen tatsächlich frühzeitig auf sogenannte Männerberufe aufmerksam gemacht werden können. Umgekehrt

braucht es ebenfalls einen kulturellen Wandel, um mehr Jungs/junge Männer an Berufe im Sozialbereich heranzuführen,

7. eine umfassende Überprüfung von Schul- und Lehrmaterialien mit der Zielrichtung zu veranlassen, tradierte Geschlechterstereotype und festgefahrene Rollenmuster mittelfristig aus diesem Bereich zu entfernen.

Begründung

Obwohl in einzelnen Bereichen durchaus Erfolge der sogenannten Gleichstellungspolitik sichtbar sind, lässt sich an vielen Daten noch immer ablesen, dass Frauen gerade in den zentralen Stellen der Gesellschaft erheblich geringer beteiligt sind. So hat sich etwa der Frauenanteil bei den Hochschulprofessuren in den vergangenen 15 Jahren mehr als verdoppelt. Dennoch liegt dieser Wert mit 18 % noch deutlich von einer paritätischen Beteiligung entfernt. Im Bundestag liegt der Frauenanteil bei knapp 33 %; die Landesparlamente liegen zwischen knapp 24 % (Baden-Württemberg) und 41 % (Bremen). In Niedersachsen hat sich dieser Wert von 33,3 % in der 15. Wahlperiode auf 30,9 % in der 16. Wahlperiode verschlechtert. Und dies trotz der Tatsache, dass die DIE LINKE als einzige neue Fraktion mit einem Frauenanteil von 50 % in den Landtag eingezogen ist. In der Wirtschaft wird die mangelnde Einbindung ganz besonders sichtbar. Obwohl Frauen inzwischen sogar die besseren Schul- und Hochschulabschlüsse machen, scheint es für sie weiterhin eine Art unsichtbare Barriere zu den geben: In den zehn größten Unternehmen gibt es insgesamt 68 Vorstandspositionen, von denen lediglich eine mit einer Frau besetzt ist. Nach Angaben des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) lag 2009 der Frauenanteil in den Aufsichts- und Verwaltungsräten der 200 größten Unternehmen bei 9,8 %. Zwar entspricht dies einer Verbesserung um 1,5 % im Vergleich zu 2006. Dennoch bleibt dieser Anteil extrem gering und es bleibt zu unterstreichen, dass knapp drei Viertel dieser Frauen von den Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretungen entsandt werden.

Doch den Frauen in Deutschland wird nicht nur der Zugang zu den einflussreichen Sphären verwehrt, sondern sie sind auch deutlich stärker von der Prekarisierung der Arbeitswelt betroffen und weiterhin auch deutlich stärker von Altersarmut bedroht. Immer mehr Frauen gehen unfreiwillig einer Teilzeitbeschäftigung nach und/oder arbeiten im Niedriglohnsektor. Zugleich übernehmen auch immer mehr Frauen unter den Bedingungen schlechter Entlohnung die Rolle der „Ernährerin“.

Trotz dieser Entwicklung wurde im Jahr 2005 eine Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung vorgenommen, die die Verpflichtung von Kommunen ab 20 000 Einwohnern, hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte zu beschäftigen, auf Landkreise und kreisfreie Städte reduziert hat. Damit fiel die Anzahl dieser Pflichtstellen von 137 auf lediglich 55. Diese Reduzierung stellt eine empfindliche Schwächung der gesellschaftlichen Aufgabe der Förderung von Frauen im Flächenland Niedersachsen dar.

Vor dem Hintergrund aller genannten Aspekte war und ist die Abschaffung des Frauenministeriums im Jahr 1998 als ein fahrlässiger Rückschritt zu begreifen, der nun mit dem geplanten Wegfall des Frauenressorts im Sozialministerium seine Zuspitzung erfahren soll.

Das Beispiel anderer Länder zeigt auf, dass politische Maßnahmen, wie sie in diesem Antrag aufgeführt sind, tatsächlich auch wirksam sein können. Besonders weit sind viele Prozesse in den skandinavischen Ländern. Dies misst sich nicht allein an dem vergleichbar hohem Frauenanteil in den Entscheidungsgremien der größten börsennotierten Unternehmen - laut DIW für 2009 in Schweden 27 % und in Finnland 24 % -, sondern auch an Faktoren wie Erziehungszeiten von Männern, einer niedrigeren Rate der Lohndiskriminierung, geschlechtsneutraler Berufswahl usw. Wissenschaftliche Untersuchungen aus Finnland zeigten zudem, dass Unternehmen mit einer geschlechterausgeglichener Führung etwa 10 % mehr Gewinn erzielten. Nach einer Studie der schwedischen EU-Ratspräsidentenschaft könnte das Bruttoinlandsprodukt europäischer Staaten um 15 bis 45 % steigen, wenn sie geschlechtsspezifische Unterschiede in der Wirtschaft überwinden.

Frauenpolitik wird häufig auf eine Mütterpolitik reduziert. Das Thema Frauenpolitik unter „Soziales“ zu subsumieren, ist ein Ausdruck dieser Haltung, der im Sinne des Ziels einer umfassenden Gesellschaftsteilhabe von Frauen dringend entgegenzuwirken ist. Zwar sind fraglos auch viele Verbesserungen im Bereich der Kinderbetreuung, des Kindergeldes, der Erziehungszeiten usw. notwendig. Doch die kulturell tief verankerte Schere in den Köpfen der Menschen stellt eine weitaus schwierigere Problemstellung dar. Ohne jedoch diese anzugehen, wird es keine nachhaltigen Veränderungen geben. Eine rein bürokratische Gleichstellungspolitik wird keine umfassenden gesellschaftlichen Fortschritte liefern. Denn auch eine von Überstunden geprägte Erwerbskarriere kann kein erstrebenswertes Ideal darstellen. Mit anderen Worten: ein kultureller Wandel, der die Schranken der geschlechtsspezifischen Rollenmuster und die darin enthaltenen Werte aufweicht, wird für alle Gesellschaftsmitglieder Vorteile bringen.

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin